

Protokolleintrag vom 06.05.2009

2009/182

Erklärung der SP-Fraktion vom 6.5.2009: Die flankierenden Massnahmen greifen

Namens der SP-Fraktion verliest Claudia Nielsen (SP) folgende Fraktionserklärung:

Am Montag ging die Westumfahrung auf. Als Sinn und Zweck dieser gewaltigen Investition wurden Umfahrung und Entlastung der Stadtquartiere gepriesen. Die SP hat jahrelang und schliesslich mit Erfolg dafür gekämpft, dass griffige flankierende Massnahmen umgesetzt werden, damit die Entlastung wirklich stattfindet. Das Bundesgericht hat dem SP-Begehren stattgegeben und den Kanton auf die Eröffnung hin zu flankierenden Massnahmen verpflichtet. Der Regierungsrat hat diese denn auch in Zusammenarbeit mit der Stadt Zürich geplant. Hier ist - nicht einfach zu unserer Freude - der Kanton zuständig. Wer sich nun über die Stadt Zürich echauffiert, muss sich also fragen, ob sie die richtige Adressatin ist.

Man muss feststellen, dass es nach vierzig Jahren eingeschliffener Gewohnheiten eigentlich denkbar wenige Probleme gab. Es gab („Holz aalange“) keine Unfälle, der öffentliche Verkehr erlitt praktisch keine Verzögerungen, der Langsamverkehr hat funktioniert und es gab praktisch keinen Schleichverkehr in den Quartieren. Die an dieser Frage arbeitenden Angestellten der Stadt Zürich hatten für diese Tage eine Urlaubssperre. 50 Personen waren am Wochenende und sind dieser Tage im Einsatz für die möglichst reibungslose Abwicklung dieser neuen Verkehrsführung. Sie haben laufend die Verkehrssteuerung angepasst; auch darum ging's mit dem öffentlichen Verkehr so gut. Die zwanzig neuen Messstellen lieferten zielführende Resultate. Wie bei der Euro waren auch "Spotter" im Einsatz. Mit ihren roten Westen hat wohl ihre blosse Anwesenheit Autos am Ausweichen in die Quartiere gehindert. Die Quartierbevölkerung ist vor Chaos und Lärm geschützt worden. Die SP dankt für die reibungslose Umsetzung des gerichtlichen und politischen Auftrags.

Dass Aufträge umgesetzt werden, darf man eigentlich erwarten. Es ist nicht eine Frage, wem solche Aufträge gerade gelegen kommen und es gibt auch keine Wahlmöglichkeiten. Daher weisen wir die laut gewordene Forderung zurück, Aufträge in dieser Sache vielleicht erst später und vielleicht nur teilweise umzusetzen. Recht muss auch dann durchgesetzt werden, wenn es um Autoverkehr geht.

Wir sind nie davon ausgegangen, dass sich wegen der Eröffnung einer Umfahrung Verkehr in Luft auflösen würde. Bloss haben wir den Bau der Umfahrung nicht verhindern können. Was wir dieser Tage erleben, ist das Einpendeln eines Systems. Noch hat es Lastwagen, wo sie nicht hingehören. Und noch hat es Autofahrerinnen, die mit Routenwahl und Abfahrtszeiten pröbeln. So hilft es, wenn ausserhalb Zürichs etwa die Route vom Knonauer Amt nach St. Gallen richtig signalisiert wird. Bis alle herausgefunden haben, dass es auf der Westumfahrung noch Platz hat und auf diesen Strecken im öffentlichen Verkehr sowieso - bis dann werden wir noch ein paar Wechselbäder erleben.